



1:1-Übertragung greift für Beamtinnen und Beamte zu kurz

Hendrik Wüst, Dr. Joachim Stamp und Lutz Lienenkämper im Gespräch mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen

Besoldungsgespräche NRW 2022

Anfang Januar empfangen Ministerpräsident Hendrik Wüst, der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp und Finanzminister Lutz Lienenkämper die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu Besoldungsgesprächen. Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, begrüßte die schnelle 1:1-Übertragung, beklagte aber weiterhin die Nichtberücksichtigung der Pensionärinnen und Pensionäre.

lerdings von der Landesregierung abgelehnt wurde.

DBB NRW bleibt am Ball

Doch der DBB NRW arbeitet weiter an Lösungsansätzen für die Pensionärinnen und Pensionäre – und zwar im Rahmen der anstehenden Gespräche zum Attraktivitätsgesetz. Bereits am 10. Februar soll eine Anhörung im Haushalts- und

„Kein Grund, Sektorkorken knallen zu lassen!“

Roland Staude lobte den konstruktiven Charakter der Gespräche sowie den Entschluss der Landesregierung, die Ergebnisse des Tarifabschlusses vom 29. November 2021 zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten in NRW zu übertragen. Dies beinhaltet u. a. eine spätestens bis zum 31. März 2022 auszahlende „Coronasonderzahlung“ als steuerfreie Einmalzahlung in Höhe von 1.300 Euro sowie eine lineare Erhöhung der Bezüge um 2,8 Prozent am 1. De-

zember 2022. „Dies“, so Roland Staude, „ist allerdings kein Anlass, die Sektorkorken knallen zu lassen. Denn wir mussten leider auch eine Kröte schlucken.“ Denn die „Coronasonderzah-

lung“ wird nur an aktive Beamtinnen und Beamte ausbezahlt. Pensionärinnen und Pensionäre gehen leer aus. Der DBB NRW forderte nachdrücklich eine Kompensation, die al-



Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW



Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst

© Land NRW/Ralph Sondermann (4)

2 „Jede unbesetzte Stelle ist eine zu viel“

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst im Interview



5 63. dbb Jahrestagung

„Einfach machen – Investition und Innovation für unser Land“



6 Erfahrungsaustausch der Vorsitzenden

Sitzung der DBB NRW Kreis- und Stadtverbände



Finanzausschuss des Landtags NRW stattfinden. Finanzminister **Lienenkämper** hatte bereits angekündigt, dass noch in dieser Legislaturperiode die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 zu einer amtsangemessenen Alimentation umgesetzt werden soll. Der DBB NRW wird in diesen Gesprächen seine Forderungen zur Steigerung der Attraktivität und zur verfassungsgemäßen Grundbesoldung einbringen, unter besonderer Berücksichtigung der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.



Die Teilnehmer der Besoldungsgespräche

Für den DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion nahmen neben Roland Staude die

Mitglieder des DBB NRW Vorstandes **Wibke Poth** und **Andreas Hensing**

sowie der DSTG Landesvorsitzende **Manfred Lehmann** teil.

UG

Beihilfe

NRW will Kostendämpfungspauschale abschaffen

Spürbare Entlastung von Beamten und Pensionären

Nach einem Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Alimentation von Familien zur Änderung weiterer dienstrechtlichen Vorschriften soll auch die Kostendämpfungspauschale vollständig abgeschafft werden.

Damit würde eine langjährige Forderung des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion erfüllt. Insbesondere in den letzten Wochen hat der Beamtenbund wiederholt intensive Gespräche mit der Politik über die Abschaffung der Kos-

tendämpfungspauschale geführt. **Roland Staude**, Vorsitzender des DDB NRW, zeigt sich zufrieden: „Wir freuen uns, dass unsere konstruktiven Gespräche nun zu einem so erfolgreichen Ergebnis führen sollen.“

Über Einzelheiten zum Gesetzentwurf wird auf der Website (www.dbb-nrw.de) zu einem späteren Zeitpunkt berichtet.

UG

Interview

Eine Anpassung der Besoldungsstruktur ist erforderlich

Der NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst im Interview

Mit **Hendrik Wüst**, dem neu gewählten Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen und CDU NRW Landesvorsitzenden, hat das DBB NRW Magazin ein Interview geführt und u. a. Fragen zu unbesetzten Stellen im Landeshaushalt und zur Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst gestellt.

DBB NRW Magazin: Zunächst herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes NRW. Welche Ziele haben Sie sich bis zur kommenden Landtagswahl gesetzt?

Hendrik Wüst: Oberste Priorität hat derzeit die Bewältigung der Coronapandemie. Als Koalition in Nordrhein-

Westfalen arbeiten wir hart dafür, die Menschen gut durch die Pandemie zu bringen. Dabei helfen uns zum Beispiel unsere Erfolge bei den Boosterimpfungen. Nordrhein-Westfalen zählt zu den Ländern, die am schnellsten mit den Auffrischungsimpfungen vorankommen. Derzeit ist bereits die Hälfte der Bürgerin-

nen und Bürger über 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen geboostert; in der Gruppe der über 60-Jährigen sind es sogar über zwei Drittel.

Trotz der dynamischen Entwicklung – gerade der Omikron-Variante – gilt es aber, die großen Themen im Blick zu halten: Digitalisierung so-

wie die Versöhnung von Industrie und Klimaschutz, beste Chancen für die jungen Leute. Eines hat uns nicht zuletzt die Pandemie vor Augen geführt: Kinder und Jugendliche brauchen die besten Chancen für ihre Zukunft. Unser Ziel ist es, dass wir unser Land weiter nach vorne bringen und das auf ganzer Linie. Im Bereich der Inneren Sicherheit, der Mobilitätswende und der soliden Finanzen genauso wie bei der digitalen Transformation und dem Anspruch, lebenswerte Heimat zu bleiben. Als Koalition sind wir überzeugt: Wir ha-

ben alle Chancen, dass unser Land auch zukünftig ein modernes, familienfreundliches und lebenswertes Land bleibt.

DBB NRW Magazin: Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie die Tradition der Besoldungsgespräche u. a. im Januar mit dem DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion fortgesetzt haben. Wie bewerten Sie die Gespräche?

Hendrik Wüst: Die Fortführung dieser Tradition ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Im guten Dialog zu bleiben und sich auf Augenhöhe zu begegnen, halte ich für wichtig, um die großen wie die kleinen Themen, die den öffentlichen Dienst betreffen, gleichermaßen erfolgreich zusammen anzupacken.

Ich freue mich, dass wir uns auch in dem Gespräch am 5. Januar 2022 konstruktiv und offen ausgetauscht haben und zu einer – aus meiner Sicht – erfolgreichen Verständigung gekommen sind. Ich bin mir sicher, dass auch die künftigen Gespräche – bei allem kämpferischen Einsatz für die eigenen Positionen und Forderungen – fair und fruchtbar verlaufen werden.

DBB NRW Magazin: Was beabsichtigen Sie zu tun, damit die Leerstellen wiederbesetzt werden? Die Differenz der Sollzahl 2020 mit dem Ist zum 1. Januar 2021 beträgt inzwischen 15.221 Stellen.

Hendrik Wüst: Jede unbesetzte Stelle ist eine zu viel. Wir haben mit den Haushalten 2017 bis 2022 insgesamt über 22.400 zusätzliche Stellen geschaffen und 10.000 Stellen auch bereits tatsächlich besetzt. Wir haben es geschafft, Nachholbedarfe aus der Vergangenheit, etwa im Polizeibereich, mit erhöhten Ausbildungskapazitäten und Ausbildungs-offensiven aufzufangen. Zugleich sorgen wir durch zusätzliche Stellen



Hendrik Wüst

© Land NRW/Tobias Koch

für die Entlastung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort, zum Beispiel durch Verwaltungsassistenten bei der Polizei.

Durch den massiven Ausbau der Studienplätze – insbesondere auch für besonders gesuchte Schulformen und Fachrichtungen – werden uns zudem in wenigen Jahren zusätzliche, dringend benötigte qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Mit weiteren Maßnahmen haben wir die Attraktivität des Lehrerberufs gesteigert, zum Beispiel durch die Schaffung von Beförderungstellen im ersten Beförderungsamts in den Grundschulen sowie durch Sonderzulagen für Lehrkräfte, die ihre Arbeit an Schulen in besonders herausfordernden Regionen aufnehmen. Durch den massiven Ausbau der Schulverwaltungsassistenz an allen Schulformen werden Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet.

Auch bei der Justiz gehört Nachwuchsgewinnung zu den zentralen Zukunftsthemen. Eine Projektgruppe Nachwuchsgewinnung im Justizministerium kümmert sich besonders darum, im intensiven Wettbewerb um geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu bestehen und

vakante Stellen möglichst schnell zu besetzen. Bei der Besetzung der Stellen im Vollzug unterstützt zusätzlich die 2019 eingerichtete Zentrale Beratungsstelle Nachwuchsgewinnung für den Strafvollzug. Das Ministerium betreibt außerdem intensiv Arbeitgeberwerbung und hat eine Ausbildungs-offensive für verschiedene Laufbahngruppen gestartet.

Der Erfolg all dieser Maßnahmen lässt sich bereits an der guten Entwicklung der eingangs genannten Zahlen ablesen. Ich bin davon überzeugt, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzen und zukünftig in noch deutlich besseren Zahlen niederschlagen wird.

DBB NRW Magazin: Wie stellen Sie sich eine Attraktivitäts-offensive für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen vor? Das Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen wird vom DBB NRW bekanntlich als nicht ausreichend kritisiert.

Hendrik Wüst: Mit dem Gesetzentwurf zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes haben wir ein gutes erstes Paket auf den Weg ge-

bracht. Der Gesetzentwurf sieht einen Katalog von verschiedenen attraktivitätssteigernden Einzelmaßnahmen vor, die in ihrer Gesamtheit dazu beitragen werden, dass der öffentliche Dienst als Arbeitgeber noch attraktiver wird. Dies gelingt etwa durch die Einführung von Langzeitarbeitskonten, die Stärkung des Behördlichen Gesundheitsmanagements und die Verbesserungen beim Wiedereinstiegsmanagement, um nur einige Punkte rauszugreifen.

Über dieses Maßnahmenpaket hinaus arbeiten wir mit Hochdruck daran, die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben. Viele sinnvolle Bausteine, beispielsweise die E-Akte in der Justiz, befinden sich bereits in der Anwendung, weitere Projekte werden folgen. In der Pandemie hat sich gezeigt, dass das Arbeiten von zu Hause aus in vielen Bereichen praktikabel ist und einige Vorteile mit sich bringen kann. Unsere wesentliche Aufgabe für die kommenden Jahre wird darin bestehen, diese einzelnen Elemente des Digitalisierungsprozesses zusammenzuführen und daraus insgesamt eine leistungsfähige, digital vernetzte und medi-

enbruchfreie Verwaltung zu schaffen – zum Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger, aber selbstverständlich eben auch für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

Auch die Besoldung ist natürlich ein Attraktivitätsmerkmal. Wir wissen, dass wir viel von den Beamtinnen und Beamten erwarten und dass die Coronakrise ihnen nach wie vor Außergewöhnliches abverlangt. Gleichzeitig sind die öffentlichen Haushalte durch die Pandemie enorm belastet. Es ist deshalb gut, dass wir Anfang Januar mit den Beteiligten übereingekommen sind, das Ergebnis der Tarifeinigung von Ende November 2021 zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter zu übertragen. Das war in Nordrhein-Westfalen nicht immer selbstverständlich.

Mir ist bewusst, dass wir dennoch nicht in allen Bereichen mit den Gehaltsstrukturen der freien Wirtschaft mithalten

können. Wir punkten im öffentlichen Dienst mit vielen anderen Vorzügen, etwa der guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexiblen Arbeitszeiten, sicheren Arbeitsplätzen und – das ist mir besonders wichtig: einer verantwortungsvollen Aufgabe im Dienst unserer Gesellschaft. Gerade dieser Punkt ist für junge Menschen von immer größerer Bedeutung – dafür bin ich dankbar.

DBB NRW Magazin: In dieser Legislaturperiode soll noch ein Gesetz zur Änderung des Besoldungs- und Versorgungsgesetzes auf den Weg gebracht werden. Dies ist eine Konsequenz aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Muss NRW im Besoldungs- und Versorgungsrecht perspektivisch neue Wege beschreiten?

Hendrik Wüst: Eine Anpassung der Besoldungsstruktur, die der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und verfassungsrechtlichen Vorgaben

gleichermaßen Rechnung trägt, ist tatsächlich erforderlich. Die Landesregierung hat hierzu – im Nachgang zur bereits erfolgten Anpassung der Alimentation kinderreicher Beamten- und Richterfamilien – im Januar 2022 einen Gesetzentwurf zur Anpassung der Alimentation von Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften auf den Weg gebracht. Nach dem Gesetzentwurf soll im Zeitraum vom 1. Januar 2022 bis zum 30. November 2022 ein nach Mietenstufen gestaffelter regionaler Ergänzungszuschlag eingeführt werden.

Ab dem 1. Dezember 2022 soll dieser durch eine nach Mietenstufen gestaffelte spürbare Anhebung der Familienzuschläge für das erste und zweite zu berücksichtigende Kind ersetzt werden. Der Gesetzentwurf sieht außerdem strukturelle Verbesserungen in den Besoldungsgruppen A 5 bis A 10 (Streichung von Erfahrungsstufen, Ausweitung von Amts-

zulagen, Ausbringung von Strukturzulagen) vor. Ein wichtiger Punkt ist zudem die vollständige Abschaffung der Kostendämpfungspauschale ab dem Jahre 2022. Ich bin zuversichtlich, dass wir das Gesetzgebungsverfahren im Frühjahr zu einem guten Abschluss bringen werden.

DBB NRW Magazin: Was machen Sie am 16. Mai 2022?

Hendrik Wüst: Aktuell konzentriere ich mich voll und ganz auf die Bewältigung der Coronapandemie und ihrer Folgen. Klar ist: Ich werde bis zum 16. Mai alles dafür tun, die Arbeit der Koalition in Nordrhein-Westfalen erfolgreich fortzusetzen. Wir haben viel erreicht. Daran will ich gerne auch nach dem 15. Mai anknüpfen. Es ist auch noch viel zu tun. Nordrhein-Westfalen hat alle Chancen – und die werden wir nutzen!

DBB NRW Magazin: Vielen Dank für das Interview. ■

Wussten Sie schon?

7.520 Landesbeamte und Richter wechselten 2020 in den Ruhestand

Die Zahl der in den Ruhestand gewechselten im Beamtenstatus oder Richteramt stehenden Personen war im Jahr 2020 um 9,7 Prozent niedriger als 2019. Das hat der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt mitgeteilt.

Mehr als ein Fünftel (20,7 Prozent) der pensionierten Personen schied mit Erreichen der Regelaltersgrenze aus dem aktiven Erwerbsleben aus.

38,1 Prozent der neu pensionierten Personen wurden auf eigenen Antrag nach dem 63. Lebensjahr (jedoch vor Erreichen der Regelaltersgrenze) und 17,4 Prozent aufgrund der z. B. im Polizei- und Justizvollzugsdienst geltenden besonderen Altersgrenze in den Ruhestand versetzt.

Mit 46,9 Prozent bildeten die 3 530 pensionierten Lehrkräfte in NRW die größte Gruppe der 2020 neu hinzugekommenen Ruhegehaltsempfänger.



Ulrich Silberbach: „Wir müssen jetzt einfach ins Machen kommen“

Die 63. dbb Jahrestagung fand erneut digital statt

An der dbb Jahrestagung am 10. Januar 2022, die unter dem Motto „Einfach machen – Investition und Innovation für unser Land“ stattfand, nahmen mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Bundesfinanzminister Christian Lindner auch Mitglieder der neuen Bundesregierung teil.

Der dbb Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** eröffnete die Jahrestagung und skizzierte einen klaren Fahrplan für eine nachhaltige Modernisierung des öffentlichen Dienstes. Und er mahnte zur Eile: „Wir müssen jetzt einfach ins Machen kommen“, forderte Silberbach. Neben einer aufgabengerechten Personalausstattung und attraktiven Arbeitsbedingun-

gen gelte es, die Digitalisierung der Verwaltung endlich tatsächlich umzusetzen.

Aktuell fehlen im öffentlichen Dienst insgesamt mehr als 330.000 Beschäftigte für die Erledigung der Aufgaben, so Silberbach. Die ohnehin nur schleppend anlaufende Digitalisierung werde alleine das Problem nicht lösen. Ohne



Christian Lindner: „Die eigenständigen Systeme insbesondere bei der Kranken- und Altersvorsorge der Beamtinnen und Beamten wird beibehalten. Alles andere wird der besonderen Bedeutung des Beamtenstatus nicht gerecht.“



© Marco Urban (4)

Ulrich Silberbach: „Der öffentliche Dienst, personell auf Kante genäht und technisch oft im Vorgestern stecken geblieben, befindet sich seit Jahren quasi im Dauer-Stresstest.“



Nancy Faeser: „Die neue Regierung wird ein verlässlicher Partner für Tarifbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte, Soldatinnen und Soldaten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sein.“

Menschen sei auch in Zukunft kein Staat zu machen.

In der Diskussionsrunde auf der Jahrestagung zum Thema „Deutschland nach der Wahl: Kommt jetzt die Verwaltungsdigitalisierung?“ forderte der dbb Vize **Friedhelm Schäfer** einen breiteren Ansatz bei der

Digitalisierung. Es könne nicht sein, das ein Antrag von den Bürgerinnen und Bürgern digital eingereicht und dann in der Behörde trotzdem erstmal ausgedruckt werde. „Wir müssen diese Prozesse vom Anfang bis zum Ende digitalisieren und dazu gehört auch eine bessere Rechtsetzung.“



Diskussionsrunde „Deutschland nach der Wahl: Kommt jetzt die Verwaltungsdigitalisierung?“ U. a. mit dem zweiten dbb Vorsitzenden **Friedhelm Schäfer**

Erfahrungsaustausch der Vorsitzenden – positiver Blick in die Zukunft

Sitzung der DBB NRW Kreis- und Stadtverbände in Düsseldorf

Auf der Sitzung der Vorsitzenden der Kreis- und Stadtverbände des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion am 12. Januar 2022 stand neben dem Lagebericht des DBB NRW Vorsitzenden Roland Stauder der Erfahrungsaustausch im Vordergrund.

Roland Stauder referierte über die vergangenen Tarifverhandlungen der Länder und insbesondere über die Besoldungsrunde. Dabei ging er vor allem auf die derzeitige politische Gemengelage und Hintergründe ein.

Unter der Leitung von Himmet Ertürk (stellvertretender DBB NRW Vorsitzender) und Astrid Walter-Strietzel (Mitglied im DBB NRW Vorstand) entwickelte sich danach eine rege Diskussion der rund 30 Vertreter der Kreis- und Stadtverbände.



Die Mitglieder des DBB NRW Vorstandes auf der Sitzung: Astrid Walter-Strietzel, Himmet Ertürk und Roland Stauder (v. l.)

Virtuelle Videokonferenzen bei Sitzungen standen im vergangenen Jahr auf der Tagesordnung. Beklagt wurden – coronabedingt – die rückgängigen

Anmeldungen bei Veranstaltungen. Dennoch blickten die meisten Anwesenden positiv in die Zukunft und stellten ihre Planungen für 2022 vor.



Gruppenbild mit den Teilnehmern der Sitzung der Kreis- und Stadtverbände

© DBB NRW (2)

Delegierte des Kreisgewerkschaftstages wünschen sich von der Landesregierung echte Wertschätzung

DBB NRW Vorsitzender zu Besuch beim DBB Kreisverband Münster

„Ist die Landesregierung NRW ein guter und fairer Arbeitgeber?“ Diese Frage stellte der Landesvorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion Roland Stauder beim Münsteraner DBB Kreisgewerkschaftstag im Franz-Hitze-Haus.

Rasch wurde den zahlreichen erschienenen Mitgliedern die

retorische Frage Stauders deutlich. „Im Rahmen der Coronapandemie bejubelten die Politiker die Leistungen des öffentlichen Dienstes“, sagte der DBB NRW Landesvorsitzende. Von echter Wertschätzung seitens der Verhandlungsführer sei dann bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der

Bundesländer nicht mehr viel zu hören gewesen.

Bei den Beamtinnen und Beamten ist zudem die Besoldung für kinderreiche Familien per höchstrichterlichem Gerichtsurteil für verfassungswidrig erklärt worden. Eine Nachzahlung, so Stauder, würden aber nur diejenigen erhal-

ten, die seit dem Jahr 2011 jedes Jahr einen Widerspruch eingereicht haben. Da die Landesregierung einer Gleichstellungszusage eine Absage erteilt habe, werde nun vielen kinderreichen Familien die gerechte Bezahlung verwehrt.

Nachwahlen zum Vorstand

Mit einem ausführlichen Geschäftsbericht präsentierte der

Vorsitzende des DBB Münster, **Meik Bruns**, die vielfältigen Aktionen des DBB Kreisverbandes Münster, die in der Coronazeit stattfanden. Mit über 10.000 Mitgliedern, die in 32 Gewerkschaften und Berufsverbänden unter dem Dach des DBB Münster organisiert sind, zählt Münster zu den drei größten DBB Kreisverbänden in NRW. **Jochen Wiggering** vom Bund der Strafvollzugsbediensteten verstärkt das DBB Team in Münster. Er wurde als neuer Beisitzer in den geschäftsführenden DBB Kreisvorstand gewählt. ■



Roland Staude (vordere Reihe Dritter von links) im Gespräch mit Vertretern der DBB NRW Mitgliedsverbände und Gewerkschaften

Jahreshauptversammlung des DBB Kreisverbandes Unna

In den Räumen der Regionalgeschäftsstelle Westliches-Westfalen in Dortmund fand am 8. November 2021 die Jahreshauptversammlung des DBB Kreisverbandes Unna statt.

Der 1. Vorsitzende **Peter Brunn** begrüßte alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, insbesondere **Achim Hirtz**, Mitglied des Vorstandes des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion.

Hirtz berichtete über die laufende Tarifrunde und stieß eine rege Diskussion über die Themen Arbeitszeitkonten, mobiles Arbeiten, 41-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte sowie Gewalt im öffentlichen Dienst an. Anschließend überreichte er Peter Brunn zum 80. Geburtstag ein Präsent, verbunden mit den besten Glückwünschen des DBB NRW Vorstandes. ■



Achim Hirtz und Peter Brunn (v. l.)

Jugend

Es geht um nicht weniger als um die Demokratie

dbb jugend nrw produziert drei Kampagnenvideos

Das Misstrauen gegenüber der Politik ist groß. Während der Pandemie erst recht. Anfeindungen und Angriffe gegen Ordnungsamtsbeschäftigte, Polizei oder Rettungskräfte haben zugenommen. Das bringt nicht nur Menschenleben in Gefahr, sondern auch die Demokratie. Geht beides gar nicht, findet die dbb jugend nrw und hat deswegen eine große Videokampagne gestartet.

Im Schatten steht ein junger Mann in Polizeiuniform. Er trägt eine schwarze Maske vor Nase und Mund. Sein Atem klingt schwer. „Manche denken, ich bin das Böse. Dabei verteidige ich die Demokratie und Sorge für deine Sicherheit.

Ich bewahre deine Grundrechte“, sagt er mit einer Stimme, die Darth Vader gehören könnte. Dann nimmt die Aufnahme eine Wende.

So startet eines von drei Kampagnenvideos, die gerade pro-

minent auf den Social-Media-Kanälen der Jugendorganisation des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion laufen. Sie richten den Blick darauf, wie häufig



In drei aktuellen Videos richtet die dbb jugend nrw den Blick auf Gewalt gegen öffentlich Bedienstete

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (Vorsitzender). Telefon: 0211.491583-0. Telefax: 0211.491583-10. E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Joachim Klein

Redaktion: Uwe Groß und Markus Klügel

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen. Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigenposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 44, gültig ab 1.1.2022. Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Beschäftigte im öffentlichen Dienst angegriffen werden und warum diese Übergriffe nicht nur Menschen in Ausübung ihres Berufs gefährden, sondern auch ein Angriff auf die Demokratie sind. „Wir brauchen diese Videos, weil wir für die Einhaltung der Grundrechte aller Bürger stehen – unsere Haltung aber von Einzelnen mit Blick auf ihre eigenen Bedürfnisse manchmal negativ wahrgenommen werden“, sagt Nicole Schorn, stellvertretende Vorsitzende des gewerkschaftlichen Jugendverbandes.

„Wir stehen für die Demokratie“

Ein Grund dafür: „Oft werden Politik und öffentlicher Dienst in einen Topf geworfen“, sagt Schorn. Zwar treffe die Politik die Entscheidungen und forme durch ihre Gesetzgebung die Rahmenbedingungen für das gesellschaftliche Zusammenleben. Doch es seien Millionen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Deutschland, die diese Rahmenbedingungen tagtäglich überprüfen und umsetzen.

Allzu oft würden die öffentlich Bediensteten zum Prügelknaben für das Gefühl des Einzelnen, durch die Entscheidung der Politik unfair behandelt zu werden, Opfer falscher Ent-

„Wir nehmen das als einen Auslöser für das seit Beginn der Pandemie nochmals gesteigerte verbale und körperliche Aggressionspotenzial wahr“, sagt Schorn.

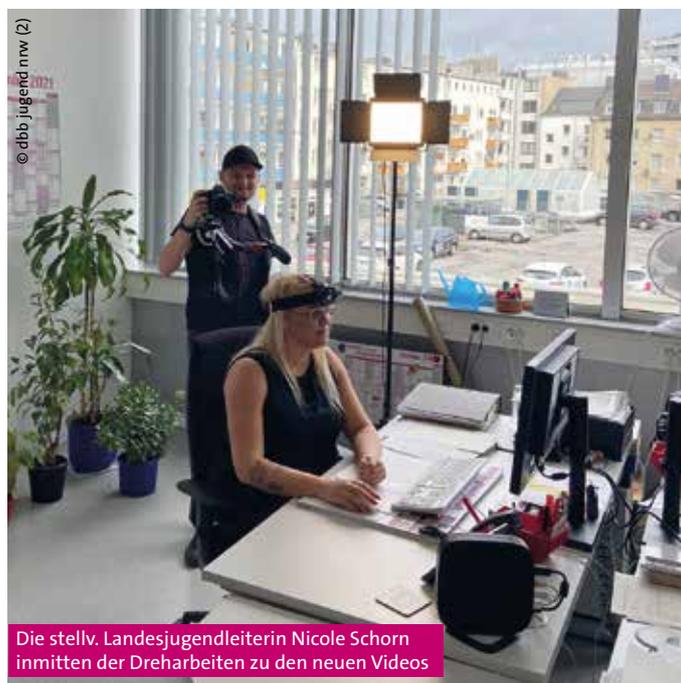
zudem grundsätzlich nicht abhängig von Alter oder Geschlecht.

Respekt vor öffentlich Bediensteten bedeutet Respekt vor der Demokratie

„Jedes Anschreien und jede Beleidigung sind für uns Joballtag“, gibt die stellvertretende Vorsitzende zu verstehen. Doch so dürfe es nicht sein. Respekt gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bedeute Respekt vor der Demokratie. Respektlosigkeit und Gewalt hingegen seien nach Auffassung des gewerkschaftlichen Jugendverbandes Ausdruck der Ablehnung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Gerade in einer Zeit, in der vermehrt Verschwörungsmythen und populistische Aussagen zu hören sind, sei es wichtig, Positionen und Argumente gegen Parolen und Populismus zu bieten, sagt Schorn: „Wir stehen mit allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein für die Einhaltung von Grund- und Menschenrechten in unserem Land.“

MK



Die stellv. Landesjugendleiterin Nicole Schorn inmitten der Dreharbeiten zu den neuen Videos

scheidungen oder schlechter Umstände zu sein. Misstrauen und Verdrossenheit machten sich breit, gepaart mit dem Gefühl, die Politik interessiere sich nicht für ihre Bürger.

Schorn, die zum Teil als Sprecherin oder auch Darstellerin beteiligt war, ist eine weitere Message besonders wichtig: Übergriffe kämen aus allen Bevölkerungsschichten. Sie seien